

„Wer die Jugend für sich hat, dem gehört die Zukunft“

Am 03.06.2023 wurden ca. tausend Menschen beim Ausüben ihres Rechtes auf Versammlungsfreiheit pauschal als Straftäter*innen behandelt und zum Teil für mehr als 10 Stunden in einem Polizeikessel festgehalten.

Am schockierendsten für uns als Jugend- und Sozialarbeiter*innen, ist der Fakt, dass sich darunter auch ca. 100 Minderjährige befanden, wovon tatsächlich mindestens 2 noch keine 14 Jahre alt waren. Gemäß unserer professionellen Grundsätze nehmen wir stellvertretend für diese jungen Menschen unsere anwaltliche Funktion wahr. Betroffen waren Kinder- und Jugendliche aus unterschiedlichsten Städten und Landkreisen, besonders aber aus Leipzig und dem angrenzenden Landkreis Leipzig. Neben der Verweigerung wichtiger Grundlagen wie Wasser, Wärme und WC, sowie verschiedene angezeigte übergriffige und grenzverletzende Handlungen seitens der polizeilichen Einsatzkräfte wurde unter anderem den Eltern der Kontakt zu ihren Kindern im Kessel verweigert.

Kindern und Jugendlichen gegenüber besteht in Deutschland und nach Kinder- und Menschenrechtskonventionen eine besondere Sorgfaltspflicht – sie stehen unter besonderem Schutz! Wir sehen in dieser Situation eine grobe Vernachlässigung dieser Pflicht. Das ist einer demokratischen Gesellschaft nicht würdig!

Staatliche Aufgabe nach dem SGB VIII ist es, junge Menschen auf dem Weg hin zu selbstständig, demokratisch und kritisch denkenden Menschen zu begleiten. Sie sollen dazu motiviert werden, ihr Recht auf Beteiligung und freie Meinungsäußerung zu nutzen. Diese staatliche Aufgabe und das entsprechende aktuelle Handeln des Staates durch seine Institutionen stellen für uns eine Diskrepanz dar.

Um zukünftig der Sorgfaltspflicht gegenüber jungen Menschen auf Demonstrationen gerecht werden zu können fordern wir:

eine lückenlose Aufarbeitung dieser Ereignisse zwischen der Polizei und den betroffenen Eltern und ihren Kindern durch eine unabhängige Stelle

die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes für den Umgang mit Minderjährigen Menschen auf Demonstrationen durch die Polizei

eine verpflichtende Erklärung und verbindliche Regelung zur Wahrung der Kompetenzbereiche zwischen Polizei und Jugendhilfe und Jugendarbeit

ein Team von Sozialarbeiter*innen, welches auf Demonstrationen eine präsenste und ansprechbare Schnittstelle zwischen Polizei und Minderjährigen (deren Eltern) bildet

Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für die betroffenen Jugendlichen und ihre Eltern

Wir möchten uns mit diesen Forderungen dem Statement des [DBSH Sachsen](#) und der [LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen](#) anschließen.

Wir sind:

Kinder- und Jugendring Landkreis Leipzig

Between the Lines gGmbH (Dorf der Jugend Grimma; Projekte: Ort der Demokratie und Troublespace)

Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit e.V.

Gildeamt der Gilde Soziale Arbeit e.V.

Sächsische Landjugend e.V.

Tobias Burdukat (Sozialarbeiter)

Dr. Frank Beutner (Natur- und Umweltzirkus - NAUMZI)